

Unverkäufliche Leseprobe



Werner Abelshauer
Deutsche Wirtschaftsgeschichte
Von 1945 bis zur Gegenwart
2., vollständig überarbeitete, aktualisierte
und erweiterte Auflage 2011

620 Seiten, Paperback
ISBN: 978-3-406-51094-6

... gebe ich mit innigem Ernst das Buch hin, in der Zuversicht, daß es früh oder spät Diejenigen erreichen wird, an welche es allein gerichtet seyn kann, und übrigens gelassen darin ergeben, daß auch ihm in vollem Maaße das Schicksal werde, welches in jeder Erkenntniß, also um so mehr in der wichtigsten, allezeit der Wahrheit zu Theil ward, der nur ein kurzes Siegesfest beschieden ist, zwischen den beiden langen Zeiträumen, wo sie als paradox verdammt oder als trivial geringgeschätzt wird.

Arthur Schopenhauer

Einleitung

Deutsche Geschichte ist seit 1945 vor allem Wirtschaftsgeschichte. Nichts hat den westdeutschen Staat stärker geprägt als seine wirtschaftliche Entwicklung. Auf keinem anderen Gebiet sind seine Leistungen greifbarer als dort: Ihnen verdankt die zweite deutsche Republik (West) jene Stabilität und Handlungsfreiheit, die der Republik von Weimar fehlten. Um des westeuropäischen Wiederaufbaus willen gegründet, ist die Bundesrepublik mit ihrer Wirtschaft groß geworden. Aber auch der aus der sowjetischen Besatzungszone hervorgegangene zweite deutsche Staat hatte sein Schicksal von Anfang an eng mit der Verheißung wirtschaftlichen Erfolgs verknüpft. Materielle Errungenschaften standen nicht nur im Mittelpunkt der selbstgesetzten ideologischen Ziele. Sie wurden zum entscheidenden Kriterium des Wettbewerbs der Gesellschaftssysteme im Ost-West-Vergleich. Und so wundert es nicht, dass die DDR schließlich nicht zuletzt an ihren wirtschaftlichen Problemen gescheitert ist.

Die westdeutsche Bundesrepublik glich dagegen lange einer erfolgreichen Wirtschaft auf der Suche nach ihrem politischen Daseinszweck. Die Wirtschaft schuf nicht nur die materielle Grundlage für die Entfal-

Einleitung

tung stabiler Formen der Demokratie im Inneren und für die internationale Resozialisierung der Rechtsnachfolgerin des Dritten Reiches. Sie wurde auch zum Vehikel der «nationalen» Identifikation der Westdeutschen oder wenigstens ihres staatlichen Selbstverständnisses. Aus der Perspektive von 1945 betrachtet war dies eine überraschende Wendung, schien doch gerade die *materielle* Not unüberwindlich. Vor diesem Hintergrund haben die wirtschaftlichen Leistungen der Bundesrepublik schon bald alles weit übertroffen, was sich ihre Bürger in den ersten Jahren nach der Katastrophe erhofft und ausländische Beobachter, je nach Standort, erwartet oder befürchtet hatten. Der Weg, den die Bundesrepublik zur Lösung ihrer Wirtschaftsprobleme einschlug, hat seit den fünfziger Jahren im In- und Ausland durchaus Beachtung gefunden. Vor allem sahen sich aber die Deutschen selbst auf einem Sonderweg krisenfreier kapitalistischer Entwicklung, der mit der Währungsreform von 1948 und der Einführung der sozialen Marktwirtschaft beschriftet wurde.

Von außen gesehen reduzierte sich das westdeutsche «Wirtschaftswunder» zunächst auf ein pragmatisches Zusammenspiel von Glück, deutscher Tüchtigkeit und harter Arbeit. Soziale Marktwirtschaft war kein Exportartikel der fünfziger Jahre. Als jedoch in den späten sechziger Jahren das Wort von der «Unregierbarkeit» der Industriestaaten die Runde machte und sich der gesellschaftliche Interessenausgleich in den westlichen Demokratien immer schwieriger gestaltete, rückte das «Modell Deutschland» auch dort stärker ins Blickfeld. Seine Bewährungsprobe auf dem internationalen Parkett bestand es in den siebziger Jahren, als es sich gegen die Krise der Weltwirtschaft deutlich besser gewappnet zeigte als andere, vergleichbare Volkswirtschaften und der deutsche Bundeskanzler vor dem Forum der G7-Staaten in die Rolle des «Weltökonomens» hineinwuchs. Noch Anfang der neunziger Jahre entwickelte das Markenzeichen «Rheinischer Kapitalismus» einen Charme, dem nicht nur in Frankreich viele Beobachter erlagen.¹ Gerade die historisch gewachsenen Besonderheiten der deutschen Wirtschaftsorganisation schienen eine bis dahin eher seltene Kombination von wirtschaftlicher und sozialer Überlegenheit zu garantieren. Es war nicht allein die (vorübergehende) Dynamik des «Wirtschaftswunders», die zu dieser positiven Einschätzung beitrug. Gewiss, in Westdeutschland sicherte der wirtschaftliche Erfolg der frühen Jahre die materielle Basis für jenen satten Grundkonsens, der den Interessenausgleich der sozialen Gruppen untereinander erleichterte. Aber hatten nicht auch

andererseits gerade in Deutschland tief verwurzelte Institutionen wie die Bereitschaft der Akteure zum Konsens und ihre Fähigkeit zur Sozialität wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftliche Stabilität erst herbeigeführt? Liegen hier nicht auch die Gründe für die erstaunliche Krisenresistenz der deutschen Wirtschaft in der Gegenwart und für ihre nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt?

Die Bedeutung der Wirtschaftsgeschichte für ein tieferes Verständnis des Wiederaufstiegs nach dem Kriege steht außer Frage. Aber wann setzt er ein? Der Hinweis auf das Gründungsdatum des westdeutschen Staates, der 23. Mai 1949, an dem Konrad Adenauer als Präsident des Parlamentarischen Rats das Grundgesetz verkündete, hilft nicht viel weiter. Die Weichen für den Lauf der Wirtschaft und die Konzeption der Wirtschaftsordnung waren lange vor diesem Ereignis gestellt. Selbst der von vielen Zeitgenossen als der eigentliche Gründungstag der trizonalen Republik (und indirekt auch der sozialistischen Wirtschaftsordnung in der Ostzone) betrachtete Tag der Währungsreform, der 20. Juni 1948, wäre ein unzulängliches Datum, um die deutsche Nachkriegswirtschaftsgeschichte beginnen zu lassen. Die «Vorwährungszeit» ist keineswegs nur eine Phase der Stagnation und des Chaos. In den Jahren 1945 bis 1948 wurden – nicht selten zu Lasten der Versorgung der Bevölkerung – in allen Besatzungszonen die Grundlagen der wirtschaftlichen Rekonstruktion gelegt und weitreichende Entscheidungen für den Weg der deutschen Wirtschaft gefällt. Im Westen setzte der Wiederaufbau früher ein, als es die Gründungslegende der Bundesrepublik will. Nicht 1948, das Jahr der Währungsreform, des Marshallplans und der Liberalisierung des inneren Marktes, sondern 1947, das Jahr der «Lähmungskrise» und der «Tausend Kalorien», aber auch der Ankurbelung der Kohleförderung und der Care-Pakete, das Jahr, in dem sich die Lücken der zerbombten Infrastruktur wieder schließen und die Horntungslager füllen, ist das wirtschaftliche Gründungsjahr der Bundesrepublik Deutschland. Zur Wirtschaftsgeschichte beider deutscher Staaten gehört deshalb auch und vor allem ihre pränatale Phase.

Die Vorherrschaft des Wirtschaftlichen in der deutschen Nachkriegsgeschichte lässt sich keineswegs auf die Zeit des Wiederaufbaus und des Wirtschaftswunders eingrenzen. Wirtschaftliche Probleme bestimmen auch heute noch weitgehend die öffentliche Debatte. In mancher Hinsicht sogar mehr denn je. Schien die Gewissheit überschaubarer Realitäten des Wirtschaftlichen lange geeignet, Unsicherheiten im politischen und kulturellen Selbstverständnis der deutschen Nach-

Einleitung

kriegsgesellschaft zu kompensieren, wird heute auch und gerade die Wirtschaft in die Identitätskrise der Deutschen mit einbezogen. Es ist keine leichte Aufgabe und alles andere als selbstverständlich, die Protagonisten des «Rheinischen Kapitalismus» wieder auf die Spielregeln dieses komplexen Modells korporativer Marktwirtschaft zu verpflichten, das nur im Zusammenspiel seiner strategischen Akteure sein Effizienzpotential entfaltet. Es gehört zu den spannendsten Fragen der Gegenwart, ob und auf welche Weise die Erfahrung der Finanzmarktkrise diesen Prozess beeinflussen wird.

Auch in Europa definiert Deutschland seinen Platz heute eher wirtschaftlich denn politisch oder kulturell. Das war nicht immer so. Vor allem die Entstehungsgeschichte der Römischen Verträge macht deutlich, wie wenig funktionale wirtschaftliche Sachzwänge und wie viel grundsätzliche politische Entscheidungen dazu beigetragen haben, die Weichen für den Weg in die Europäische Integration zu stellen. Nicht wirtschaftliches Nutzenkalkül hat die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft herbeigeführt, sondern die Notwendigkeit einer politischen Antwort auf existentielle Fragen der Sicherheit und der Autonomie vor drohender Fremdbestimmung. Diesen Primat der Politik im historischen Prozess anzuerkennen, fällt gerade dem Wirtschaftshistoriker nicht leicht. Doch ist diese Einsicht notwendig, um den Kern der europäischen Frage nicht aus den Augen zu verlieren. Wenn die Europäer ihre politische, wirtschaftliche und kulturelle Identität bewahren wollen, sollten sie nicht allein auf die integrative Kraft des Binnenmarktes vertrauen. Mehr als noch in den sechziger Jahren setzt heute die Weltwirtschaft den Bezugsrahmen wirtschaftlicher Entscheidungen und zählt die (globale) wirtschaftliche Entwicklung eher zu den Fliehkräften der europäischen Integration. Anlass, um in diesem Prozess auf europapolitisch heilsame funktionale Sachzwänge zu spekulieren, gibt es heute weniger denn je. Währungsunion und Osterweiterung haben zwar die Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Integration Europas dramatisch verändert, die Grundfrage der politischen Einheit aber offen gelassen. Wenig spricht dafür, sie ließe sich in einem größeren Europa, das nun sogar im Begriff ist, den historisch gewachsenen Kreis europäischer Kultur und Eigenart zu überspringen, leichter lösen. Für die Welthandelsnation Deutschland stellt sich dabei die Frage, ob sie in einer Synthese europäischer Wirtschaftsmacht aufgehen will, wie es die Sachzwänge der Gemeinschaftswährung scheinbar gebieten oder aber im größeren Binnenmarkt nur die Ba-

sis für die Realisierung eigener, nationaler wirtschaftlicher und politischer Zielsetzungen sieht. Dabei wird es keine geringe Rolle spielen, ob sie bereit ist – und es sich leisten kann – eigene Stärken, d. h. vor allem die komparativen institutionellen Vorteile ihres sozialen Produktionssystems auf dem Altar europäischer Integration zu opfern oder ob sie in der Lage ist, ihre Wettbewerbskraft möglichst weitgehend in den Dienst europäischer Selbstfindung zu stellen. Die Konsequenzen dieser Entscheidung sprengen das engere wirtschaftliche Nutzenkalkül und werden weitgehend darüber bestimmen, auf welche Art und Weise wir künftig in Deutschland und Europa leben und arbeiten werden.

Die wirtschaftshistorische Forschung zur deutschen Nachkriegsgeschichte begann in den siebziger Jahren Fahrt aufzunehmen, um zehn Jahre später kontroverse Diskussionen auszulösen, die weit über das Fach hinaus wahrgenommen wurden.² Naturgemäß stand dabei die Frage nach den Ursachen und dem Modellcharakter des «Wirtschaftswunders» im Mittelpunkt.³ Vor dem Hintergrund allgemeiner Ratlosigkeit über den Weg der westdeutschen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik schien es nötig zu wissen, ob die zurückliegenden Erfahrungen der Nachkriegszeit nur Episode waren oder aber den neuen Standard widerspiegeln, den die soziale Marktwirtschaft mit ordnungspolitischen Innovationen gesetzt hatte. Gab es einen Weg zurück in die schöne Welt des Wachstumswunders, wo alle Opfer des sozialen Wandels sogleich materiell kompensiert werden konnten? An welcher historischen Elle musste sich die Leistung der deutschen Wirtschaft messen lassen, wenn nicht an den Rekordmarken der langen fünfziger Jahre? Ganz verstummt sind solche Stimmen auch heute nicht, so dass die Antworten auf die Fragen der achtziger Jahre noch immer nicht obsolet erscheinen. Sie sind eng mit der Analyse der Ursachen des «Wirtschaftswunders» verknüpft, über die sich Wirtschaftshistoriker heute relativ leicht und weitgehend verständigen können, über die in der Öffentlichkeit – nicht zuletzt auch in den Quartieren der Politik – aber nach wie vor naive und sachlich falsche Auffassungen kursieren. Kaum jemand, der heute nach einem «Marshallplan» für Afrika, Mittelasien oder den Balkan ruft, hat dessen innere Mechanik wirklich verstanden. Die deutsche Wirtschaft war 1945 zusammengebrochen und desorganisiert, aber ganz und gar nicht «unterentwickelt».

Es hat lange gedauert, bis diese und andere Ergebnisse der frühen Forschung zur Wirtschaftsgeschichte der Zeit nach 1945 *sine ira et studio* erörtert werden konnten. Die Tatsache, dass die Wirkungen des

Einleitung

Marshallplans nicht in erster Linie und auf direktem Wege ökonomischer Art waren, minderte unter den besonderen Rahmenbedingungen des westeuropäischen Wiederaufbaus nicht seine historische Bedeutung, wohl aber seine Übertragbarkeit auf Entwicklungsprobleme aller Art. Wer die Währungsreform von 1948 zu Recht nicht hinreichend findet, um das «Wirtschaftswunder» zu erklären, bestreitet noch lange nicht ihre Notwendigkeit, bewahrt sich aber vor groben Fehleinschätzungen der Wirkung der deutsch-deutschen Währungsunion, wie sie 1990 in politischen Kreisen Westdeutschlands gang und gäbe waren. Über das Wesen der sozialen Marktwirtschaft zu philosophieren, fällt nach wie vor leichter als ihre konkreten Inhalte auszuloten. Hier gibt es noch viele weiße Flecken im kollektiven Gedächtnis der Deutschen, auch wenn die soziale Marktwirtschaft als wirtschaftspolitisches Lippenbekenntnis oder als Antidot gegen eine weltweite Renaissance marktradikaler Rezepte in der politischen Semantik – selbst ihrer früheren Kritiker – immer populärer wird. Man mag die Rückkehr Westdeutschlands zu den Spielregeln korporativer Interessenpolitik und Marktwirtschaft, wie sie während der Koreakrise der frühen fünfziger Jahre stattfand, aus doktrinär-liberaler Sicht verdammen oder aus pragmatischer Sicht gutheißen, an der Tatsache selbst lässt sich nicht vorbeisehen.

Andere Ergebnisse, die die frühe Forschung präsentiert hat, haben inzwischen Schopenhauers Gesetz bestätigt.⁴ Danach ist jeder Erkenntnis nur ein kurzes Siegesfest beschieden – zwischen zwei langen Zeiträumen, wo sie als paradox verdammt und als trivial gering geschätzt wird. Oder würde heute noch jemand bestreiten, dass die Vorstellung einer Stunde Null, einer wirtschaftlichen *tabula rasa* als Folge des Bombenkrieges falsch gewesen ist? Man mag über das Ausmaß des Rekonstruktionseffektes streiten, nicht aber über die Wirkung besonderer Wachstumsbedingungen an sich. Sie prägten die wirtschaftliche Entwicklung in den langen fünfziger Jahren und ließen sich später nicht mehr reproduzieren. Weder war das deutsche Produktionspotential zerstört (anders als die Wohnviertel der Städte, auf die der mörderische Luftkrieg zielte), noch veraltet oder technologisch unterlegen: im Gegenteil. Heute erscheinen diese Erkenntnisse im schopenhauerischen Sinne (fast) «trivial», zum Verständnis der Nachkriegsgeschichte aber nach wie vor unverzichtbar.

Aus heutiger Sicht kommen neue Fragen hinzu. Etwa nach den Möglichkeiten und Grenzen nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik,

nach den komparativen Vorteilen der deutschen Wirtschaft und ihrer Position im Wettbewerb der Weltwirtschaftskulturen, nach dem wachsenden Einfluss des Finanzsektors auf die Gesamtwirtschaft und den Konsequenzen, die das für die Stabilität der nationalen wie internationalen Entwicklung hat und erwartbar haben wird. Eine Neuauflage dieser «deutschen Wirtschaftsgeschichte seit 1945» muss daher dem Forschungsstand und den Problemlagen der vergangenen Jahre folgen. Dies ist, wie schon die höhere Seitenzahl nahelegt, gründlich geschehen. Die Erweiterung beschränkt sich nicht auf ein zusätzliches Kapitel. Nahezu alle Kapitel (ab dem vierten) wurden nicht nur überarbeitet, sondern, wo immer dies sinnvoll erschien, perspektivisch bis in die Gegenwart erweitert. Dabei sind die in hoher Auflage bewährten Prinzipien beibehalten worden. Das Buch will dem Leser mehr geben, als es im Titel verspricht. Da es 1945 keine Stunde Null der Wirtschaft gab, müsste jede deutsche Wirtschaftsgeschichte unverständlich bleiben, die nicht die Grundzüge ihrer Formierung seit dem späten 19. Jahrhundert mit einbezüge. In anderer Hinsicht gilt dies auch für die europäische Dimension, die für deutsche Wirtschaftsgeschichte seit den fünfziger Jahren nicht mehr wegzudenken ist. Das Themenspektrum reicht deshalb von der institutionellen Grundlegung gegenwärtiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen bis zur Krise des Euro-Raumes. Es lässt sich nicht kapitelweise abhandeln, sondern durchzieht alle Stränge der deutschen Wirtschaftsgeschichte.

Dies gilt auch für die Analyse der DDR-Wirtschaft und ihres Scheiterns. Dabei musste der Versuchung widerstanden werden, die Jahre der Teilung mit einer synthetischen Gesamtsicht zu überbrücken. Es gibt keinen Weg vorbei an der Erkenntnis, dass es von 1947 bis 1990 im strengen Sinne keine Einheit der «deutschen Wirtschaftsgeschichte» gegeben hat. Eine additive Behandlung der DDR-Problematik verbietet sich ebenfalls – und dies nicht nur aus Platzgründen. Die Wirtschaftsgeschichte der DDR verdient eine eigene Betrachtung, die ihren spezifischen Bedingungen und Absichten gerecht wird.⁵ Allerdings fließt wenig von dem, was die Wirtschaftsgeschichte der DDR einst ausgemacht hat, heute in die Substanz der deutschen Wirtschaft ein.⁶ Daraus sind klare Konsequenzen für ihren Platz in einer deutschen Wirtschaftsgeschichte zu ziehen, die über das Jahr 1990 hinausreicht. Sie ist hier insofern zu berücksichtigen, als sie zum Verständnis der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland geschichtsmächtig wurde und für die Per-

Einleitung

spektive der deutschen Wirtschaft nach der Vereinigung weiter relevant bleibt.

Die Frage, wie weit sich Geschichtsschreibung dem offenen Prozess zeitgenössischer Kontroversen nähern darf und soll, ist nicht leicht zu beantworten. Die komparativen Vorteile der Wirtschaftsgeschichtsschreibung liegen nicht in erster Linie darin, sich in den aktuellen Streit um konkrete Problemlösungen einzuschalten. Und doch hat jedes der derzeit umstrittenen Problemfelder seine eigene historische Dimension, lebt von der mentalen Prägung seiner Akteure und steht in der Abhängigkeit seines institutionellen Pfades. Wer diese Einbettung akuter Problemlagen in ihren jeweiligen räumlichen, zeitlichen und sozialen Zusammenhang vernachlässigt, bringt jeden Reformansatz in die Gefahr zu scheitern. Historische Analyse ist auch unverzichtbar, um scheinbar allgemeingültige Aussagen auf ihre empirische Relevanz zu überprüfen. Populäre Stereotypen der wirtschaftlichen Reformdebatte, wie etwa, die Arbeit sei «zu teuer» geworden, um den Arbeitsmarkt zu räumen, werden ohne Berücksichtigung des historischen Bezugsrahmens, in dem das umstrittene soziale System der Produktion steht, zu sinn- und haltlosen theoretischen Etüden. Könnten derartige Argumente allgemeine Gültigkeit beanspruchen, wären Entwicklungsländer in der Lage, ihre Rückständigkeit abzustreifen wie Schlangen ihre Haut und müsste etwa die prekäre «Vollbeschäftigung» in den Barrios von Caracas als Indikator für gesunde wirtschaftliche Verhältnisse gelten. Weil dem offensichtlich nicht so ist, muss sich Wirtschaftsgeschichtsschreibung gerade auch in aktuelle Debatten einmischen, um wirtschaftstheoretische Zusammenhänge im empirischen Kontext fruchtbar zu machen und so den Spielraum und die Richtung möglicher Entscheidungen auszuloten. Dabei genügt es oft schon, auf einfache Tatsachen hinzuweisen. Nicht Arbeit an sich ist in Deutschland zu teuer. Wohl aber ist der Anteil nichtqualifizierter Tätigkeiten am Arbeitsmarkt – ein Erbe des fordistischen Zeitalters – noch immer viel zu hoch, um in die Tätigkeitslandschaft einer immateriell produzierenden Wirtschaft zu passen.

Eine deutsche Wirtschaftsgeschichte des langen 20. Jahrhunderts darf ihren Blick nicht so weit verengen, dass sie in Gefahr gerät, die Grundlinien des ökonomischen Geschehens und die ihm zugrunde liegenden Entscheidungen ausschließlich aus der inneren Logik theoretisch begründbarer wirtschaftlicher Sachzwänge entwickeln zu wollen. Dies gilt in besonderem Maße für die europäische und internationale Einbettung der deutschen Wirtschaft, die nach 1945 noch an Bedeu-

tung zugenommen hat. Gerade die entscheidenden Weichenstellungen des europäischen Integrationsprozesses folgten weit weniger rationalem wirtschaftlichen Kalkül, als dies nach außen hin sichtbar wurde. Die Untersuchungsebene von Kontingenz und Ereignis muss deshalb auf der Suche nach den Determinanten der Wirtschaftsgeschichte ebenso viel Aufmerksamkeit beanspruchen wie die der Kontinuität und Struktur, auch wenn Letztere dem Wirtschaftshistoriker aus fachlicher Perspektive näher am Herzen liegt. Es ist in diesem Zusammenhang sicher kein Zufall, wenn Fragen der Sicherheitspolitik und der Rüstung in der deutschen (und europäischen) Wirtschaftsgeschichte viel Raum beanspruchen. Schließlich haben nicht wirtschaftliche Fakten dem Jahr 1945 den Charakter einer zivilisatorischen Epochenäsur verliehen, sondern die Erfahrungen der apokalyptischen Wirkung atomarer Massenvernichtungswaffen, die die USA der Welt in Hiroshima und Nagasaki demonstriert haben.

Im Mittelpunkt der Themen, die neu auf die Agenda der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung gerückt sind, steht noch immer die offene Frage der Neuorientierung der deutschen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. In den siebziger Jahren scheiterte die Rückbesinnung auf Deutschlands Pionierrolle in der wissensbasierten Produktion und in der Neuen Wirtschaft⁷ an der Unfähigkeit der Akteure, das ambivalente Erbe des «Wirtschaftswunders» zu bewältigen. Es fehlte dazu nicht an Einsichten, sondern an Anreizen, den Weg des geringeren Widerstandes zu verlassen, um Organisation und Spielregeln der Wirtschaft neu zu justieren. Viele halten die herkömmliche Organisationsweise der Wirtschaft nicht mehr für angemessen, andere erkennen gerade in ihr den komparativen institutionellen Vorteil, der die Wettbewerbsfähigkeit der Handelsnation Deutschland langfristig sichert. Es ist offensichtlich, dass die gegenwärtige Reformdebatte an dieser Frage nicht vorbeikommt. Sie könnte dabei von den Erfahrungen profitieren, die während der 2007 einsetzenden Finanzmarktkrise gemacht wurden. Dafür die sachlichen Grundlagen zu schaffen, gehört zu den wichtigsten Anliegen dieser Untersuchung.

Damit sich der Wirtschaftshistoriker – ohne das Risiko des Absturzes – dem offenen Rand der Zeitgeschichte nähern kann, müssen bestimmte Voraussetzungen gegeben sein. Vor allem dann, wenn er nicht bei einer Chronik der Ereignisse stehen bleiben will. Ein theoriegeleiteter problemorientierter Ansatz, wie er hier intendiert ist, und der dem Leser Antworten auf offene Fragen der Zeit geben will, muss die Me-

Einleitung

Methoden der historischen Forschung eng mit den systematischen Ansätzen der sozialwissenschaftlichen Nachbarwissenschaften verzahnen, um nicht zu kurz zu springen. Die Analyse wirtschafts- und sozialpolitischer Entscheidungen und Weichstellungen, wie der Währungs- und Wirtschaftsreform, des Marshallplans, der Implementierung der sozialen Marktwirtschaft, der Koreakrise, der Mitbestimmung, der Aufrüstung, der Energiepolitik, der europäischen Integration, der Geld- und Währungspolitik, der Außenwirtschaftspolitik oder der staatlichen Moderation wirtschaftlicher Interessen – um nur die wichtigsten zu nennen – kann sich auf die kritische Durchsicht archivalischer Quellen stützen. Dazu konnte umfangreiches Material aus Verbandsarchiven und aus staatlichen Archiven in Deutschland, den USA und in Großbritannien genutzt werden. Das wirtschaftliche Terrain bietet der klassischen historischen Methode der kritischen Sichtung archivalischer Quellen freilich nur begrenzte Einsatzmöglichkeiten. Die meisten staatlichen und verbandlichen Archivbestände sind zudem der Forschung auf dreißig Jahre verschlossen, so dass heute nur zu den Archivquellen, die bis Ende der siebziger Jahre angefallen sind, Zugang besteht. Darüber hinaus sind wichtige Aktenbestände – nicht zuletzt zur Europa- und Weltpolitik – mit Geheimhaltungsstufen versehen, die für den Forscher in der Regel nicht zu überwinden sind. Umso erfreulicher ist es, dass es in dieser Arbeit gelungen ist, beide Grenzen wenigstens partiell zu überschreiten. Dies ist zum einen der Forschungskooperation mit dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Potsdam, zu verdanken, die den Zugang zu klassifizierten Aktenbeständen staatlicher Archive öffnete. Zum anderen machte es das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, möglich, über das umfangreiche und inhaltschwere Depositum des Bundesministers a. D. Hans Matthöfer die einschlägigen Akten der Regierung Schmidt in die Forschung einzubeziehen. Die Bedeutung und Aussagekraft der ausgewerteten Archivalien reicht zudem in vielen Fällen weit über die Zeit hinaus, in der sie entstanden sind.

Im Hinblick auf die langfristige Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft stellen sich andere Fragen. Gelten für sie nach der Zäsur von 1945 neue Bewegungsgesetze, deren Paragraphen während der Start- und Durchbruchphase formuliert worden sind? Oder folgt die Bundesrepublik, nachdem die Besonderheiten der Nachkriegszeit vorüber sind, weiter den Trends und Zyklen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts? Unter welchen Bedingungen sind neue Trends entstanden, die,

wie die Finanzialisierung der Wirtschaft, die gegenwärtigen Krisenlagen prägen? Kann der Blick auf das langfristige Entwicklungs- und Organisationsmuster der deutschen Wirtschaftsgesellschaft mehr zu ihrer gegenwärtigen Ortsbestimmung beitragen, als es nach dem Einschnitt am Ende des Krieges denkbar schien? Den Unterschieden in der Fragestellung – nach der wirtschafts- und ordnungspolitischen Weichenstellung und ihren Folgen einerseits und nach der Kontinuität von Entwicklung und Struktur andererseits – entsprechen auch unterschiedliche Formen des methodischen Zugriffs.

Der Versuch, die wirtschaftliche Entwicklung und das soziale System der Bundesrepublik in den langfristigen Zusammenhang der deutschen Wirtschaftsgeschichte einzuordnen, muss sich anderer Methoden bedienen. Archivalische Quellen – selbst wenn sie verfügbar wären – könnten zu dieser Fragestellung wenig beitragen. Mehr noch als bei der Analyse der «Weichenstellungen» treten hier theoretische Ansätze und methodische Zugänge aus der Wirtschaftswissenschaft, wie die Wachstums-, Konjunktur-, Verteilungs- und Außenwirtschaftstheorie sowie die Institutionenökonomie in den Vordergrund, deren Erklärungswert freilich der historisch-empirischen Überprüfung standhalten muss. Aus der «Vogelperspektive» säkularer Trends, von Zyklen und Strukturmustern muss sich zeigen, ob die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg nicht doch angemessener in einem viel weiter gespannten Rahmen zu beurteilen ist.

Bei der Überarbeitung der «Deutschen Wirtschaftsgeschichte seit 1945» konnte ich mich auf den Rat und die Hilfe zahlreicher Kollegen, Archivare, Bibliothekare, Mitarbeiter und Studierender stützen. Am Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte haben mich Tristan Graefen und Sebastian Knake mit Recherchen und bei der Literaturbeschaffung unterstützt. Tristan Graefen hat die meisten Tabellen und Abbildungen neu bearbeitet und das Literaturverzeichnis erstellt. Petra-Monika Jander hat das Manuskript kritisch gelesen und geholfen, Fehler zu vermeiden. Sebastian Ullrich hat im Verlag das Manuskript mit professionellem Engagement lektoriert und betreut. Ihnen allen sei herzlich gedankt.

Bielefeld, am 24. November 2010

W. A.